

## VOM PROLETARIER ZUM WIRTSCHAFTSBÜRGER

### *Die politischen Auswirkungen des Mitbestimmungsrechtes*

Zwei großartige politische Höhepunkte hat die an bedeutenden Ereignissen bisher so arme deutsche Nachkriegsgeschichte nach 1945 aufzuweisen: den 1946 aufgenommenen und mit einigen Atempausen bis zum heutigen Tage fortgeführten Kampf der *Hauptstadt Berlin* um die Bewahrung der Freiheit vor totalitärer Umklammerung sowie den im vergangenen Winter in der Bundesrepublik ausgetragenen Kampf um die Verwirklichung des *Mitbestimmungsrechtes*, zunächst in der eisenschaffenden und stahlerzeugenden Industrie und im Kohlenbergbau.

Beide Auseinandersetzungen stehen in einem sehr tiefen kausalen Zusammenhang, der vielleicht dem flüchtigen Beobachter von heute nicht immer deutlich werden mag, der aber ganz gewiß künftigen Historikern einleuchten und von ihnen mit gebührendem Nachdruck hervorgehoben werden wird. Zunächst sei auf eine sehr augenfällige Übereinstimmung hingewiesen: über die „unverlierbare Würde des Menschen“, der unbedingt „im Mittelpunkt aller Dinge stehen müsse“, ist in den letzten Jahren in Deutschland unendlich viel geschrieben, gesprochen und leider auch salbadert worden: bei dem Ringen um Berlin und um das Mitbestimmungsrecht wurde praktisch und mit dem Willen zur letzten Konsequenz für die Würde des Menschen *gehandelt*. So wichtig dieser Zusammenhang aber auch vom rein Moralischen her ist, er könnte doch zufällig bedingt sein und keine echte Kausalität beinhalten. Die Kausalität ergibt sich vielmehr aus einer anderen Überlegung:

In Berlin wird seit Jahr und Tag der Gegensatz zwischen Osten und Westen nicht nur theoretisch und akademisch, sondern so handgreiflich wie möglich ausgetragen. Während sich die Überlegenheit der westlichen Sache über die östliche auf allen Ebenen dieses Ringens im Weltmaßstab erst sehr allmählich abzuzeichnen beginnt und bisher noch durch keine wirklich zuverlässige Entscheidung bestätigt worden ist, zeigte sich auf dem begrenzten Kampf- und Spannungsfeld Berlin der Westen dem Osten von der ersten Runde an klar überlegen. Das war nur möglich, weil man in Berlin schon die erste, nicht erst die siebente oder achtzehnte Herausforderung des totalitären Mammutregimes mit einer Entschlossenheit aufnahm, die einen Kompromiß von vornherein ausschaltete.

Wofür kämpften und kämpfen die Berliner nun einen so schweren, opfer- und gefährvollen Kampf? In Berlin hat man begriffen, daß die leiseste Konzession an den Gegner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dessen, was die Menschen Freiheit nennen, aufs bedenklichste gefährden und daß ein Nachlassen des Widerstandsgeistes sie überhaupt preisgeben würde. Darum verzichtet man heute — scheinbarer Widerspruch und beispielhafte Logik der Haltung! — in dieser wohl europäischsten Stadt Europas zeitweilig auf sehr vieles von dem, was Europas Daseinsgesetz, seine Existenzberechtigung, seinen Stolz und seine Hoffnung ausmacht: auf die unermeßliche Vielfalt aller menschlichen Strebungen und Regungen, auf das gründliche und erschöpfende Debattieren geistiger und weltanschaulicher Gegensätze, auf die schöpferische Unzufriedenheit mit allem Gegebenen und Bestehenden. Auf all diese Errungenschaften und Voraussetzungen wird in Berlin, um es nochmals zu wiederholen, vorübergehend

verzichtet: nicht weil man sie für überlebt hielt, sondern weil man sie für einen *echten Friedenstag* retten will.

Im Westen — und nicht nur im Westen Deutschlands allein — hat man sich daran gewöhnt, den Kampf der Berliner als Symbol des Kampfes für alle vom Totalitarismus Unterdrückten und Bedrohten als etwas Selbstverständliches anzusehen, und zwar um so leichtfertiger, je länger er dauert. Verglichen mit Berlin, lebt bereits die Bundesrepublik in einer größeren Alltags-, besser gesagt Entscheidungsferne. Diese dem reinen Zufall zu verdankende günstigere geographische Position entbindet Westdeutschland nicht von der Verpflichtung, dem Berliner Beispiel in seinem Bereich nachzueifern, statt es lediglich beifällig, wie ein Zuschauer im Parkett, zur Kenntnis zu nehmen. Auch wir stehen im höchsten Sinne beteiligt auf den gleichen Brettern. Wir müssen die Frage nicht nur teilen, sondern produktiv beantworten, ob Berlin einen zwar überaus rühmlichen, im Grunde aber doch hoffnungslosen Kampf führt. Wird dort das letzte tapfere Gefecht für eine schönere, freiere und geruhsamere Vergangenheit ausgetragen oder hat der Roboter-Mechanismus des Ostens, mögen wir uns mit seinen Methoden befreunden oder nicht, unvermeidlich die Zukunft? Oder aber steht Berlin, stehen alle namenlosen Widerstandsgruppen jenseits des Eisernen Vorhangs für einen wirklichen Menschheitsgedanken der Zukunft, dessen befreiende Botschaft eines Tages auch einmal wieder die Finsternis der Tyrannei erleuchten wird? Verteidigen wir mit den freiheitlichen Institutionen, auf die wir uns berufen, nur ein noch so ehrwürdiges Museum, das aber keine Impulse mehr ausstrahlt, weil es keine Entwicklungsfähigkeit und Zeugungskraft mehr in sich schließt? Vermögen wir heute dem massiven Anspruch des Ostens nicht viel mehr entgegenzusetzen als die wehmütige Resignation *Heinrich Heines*, der vor über hundert Jahren mit dem prophetischen Genie eines großen Dichters die unermesslichen Gefahren des Kommunismus für die menschliche Entwicklung voraussah, oder sind wir in der Lage, dem Kommunismus mit einem Programm zu begegnen, das unser Selbstbewußtsein stärkt und hinter dem der aufrichtige Wille zu seiner Verwirklichung steht?

All diese Fragen sind im vergangenen Winter durch die Auseinandersetzung um das *Mitbestimmungsrecht* im Großen bereits beantwortet worden. Die unvermeidlichen Streitigkeiten um die Details seiner Paraphierung und Durchführung sollten unserem Blick niemals die Größe der Konzeption verdunkeln. In der Zeit von 1789 bis 1848 zeigte es sich, daß das alte feudale Europa zu einer umwälzenden politischen Regeneration fähig war. Die Konzeption des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist ein Beweis dafür, daß Europa heute aus seiner unverlierbaren Substanz heraus auch zu einer *sozialen Regeneration* größten Stils durchaus fähig ist. Auch diese soziale Regeneration wird sich, genau wie die politische, in Etappen vollziehen: Jedes revolutionierende Geschehen bedarf, um fruchtbar zu werden, einer Beimischung konservativer Intelligenz. Jene konservative Intelligenz ist aber nur dann am Platze, wenn sie sich den Bedürfnissen der Zeit und den Ansprüchen des Fortschritts nicht versagt, sondern sie ohne Hintergedanken mitgestalten hilft. Die größte Stunde aber ist auch hier wie stets die Stunde des Anfangs, und der größte Entschluß ist der Entschluß, aus der noch Ungewissen Gegenwart heraus die Bresche zu den neuen Ufern der Zukunft zu schlagen. Wenn vorhin mit so viel Nachdruck betont wurde, daß der Kampf um die Freiheit in Berlin nur von den Massen getragen werden konnte, die an ihrem Platz das Ihre taten, so gilt die Hochachtung der Geschichte auch heute schon den gewerkschaftlich organisierten Massen in der Kohlen- und Stahlindustrie, die sich in den Urabstimmungen vom November 1950

und Januar 1951 mit überwältigender Mehrheit für die Anwendung auch der äußersten Kampfmittel entschieden, um das Mitbestimmungsrecht endlich zum Vollzug zu bringen. Diese Hochachtung gilt über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus allen Arbeitern in der Kohle- und Stahlindustrie, die dem Appell des DGB folgten und um der Sache der Zukunft willen durch Tarifkündigungen ihre soziale Sicherheit aufs Spiel setzten. Alle Empfindungen des Dankes, der Liebe und der Ehrfurcht vereinigen sich aber in der Persönlichkeit ~ des heimgegangenen großen Arbeiterführers *Hans Böckler*, dessen Gestalt und dessen Wirken bereits heute der deutschen Freiheitsgeschichte angehören.

Im Bewußtsein einer stolzen geschichtlichen Kontinuität hat Hans Böckler in seiner Rundfunkansprache vom 30. Januar — vielleicht in der Vorahnung, daß diese sein Schwanengesang vor der breitesten Öffentlichkeit werden sollte — das Wort vom „*Wirtschaftsbürger*“ wieder aufgenommen.<sup>1)</sup> Mit einem so einfachen Begriff ist tatsächlich der durchgreifende Wandel umschrieben, der sich in unserem gesellschaftlichen Leben vor unseren Augen vollzog, ohne daß jeder die Bedeutung dieses Vorganges bereits begriffen hätte. Alle Versuche, nach der Einigung der Verhandlungspartner und nach dem Tode Hans Böcklers die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts hinauszuzögern und seine Durchführung zu verschleppen, ändern nichts daran, daß mit dem Wort „*Wirtschaftsbürger*“ vor der Öffentlichkeit ein neuer Typ proklamiert worden ist. Genau so wie sich in früheren Zeiten die Masse der Untertanen in Staatsbürger verwandelte, wird heute der Proletarier von einst von dem Wirtschaftsbürger von morgen abgelöst. Um diese Erweiterung der Grundrechte gebührend zu würdigen, müssen wir uns noch einmal kaleidoskopartig die Entwicklung der europäischen Menschen vom Objekt zum Subjekt in Erinnerung zurückrufen.

Vor der Konstituierung politischer Rechte bestand die menschliche Freiheit für die erdrückende Mehrheit aller Nichtprivilegierten paradoxerweise eigentlich nur in den animalischen Notwendigkeiten der Nahrungsaufnahme, des Schlafes und der Fortpflanzung. Im wesentlichen änderte auch die frühkapitalistische Ära an diesem Zustand nichts: Die Wahrnehmung politischer Rechte, wie sie in den Verfassungen moderner Staaten verbrieft standen, blieb lange Zeit an Privilegien des Besitzes gebunden. Wie hätten auch die Armen und Enterbten auf dem Felde der Politik, also schließlich durch Abgabe ihres Stimmzettels bei Wahlentscheidungen, unter den sozialen Verhältnissen der damaligen Zeit ihr Schicksal wenden können: ohne den nötigen Spielraum für die Entfaltung geistiger und Willens-Kräfte, vielfach ohne die notwendigsten Elementarkenntnisse des Lesens und Schreibens, bei einem Arbeitstag von praktisch unbegrenzter Dauer? Erst der politische und gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse selbst ertrugte ihr ein Recht nach dem anderen: Begrenzung des Normalarbeitstages auf schließlich acht Stunden, Sicherung von Tariflöhnen, staatliche Unterstützungen und Renten im Falle von Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Erwerbsunfähigkeit. Heute ist die organische Dreiteilung in der ganzen Kulturwelt selbstverständlich geworden: *acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und acht Stunden Schlaf*. Niemand macht uns heute mehr den Anspruch streitig, durch eine genügende tägliche Schlafdauer unsere Kräfte entsprechend zu regenerieren. Auch während der achtstündigen Freizeit ist der europäische Mensch heute in einem Rechtsstaat mündig geworden: niemand redet ihm in seine privatesten Bezirke hinein. Darüber hinaus kann er sich aber auch als Staatsbürger betätigen: indem er sich an den Vorgängen in der Öffentlichkeit interessiert, Zeitungen liest, Versamm-

1) Der liberale Politiker Friedrich Naumann (1860—1919) forderte: „Aus Industrieuntertanen sollen Industriebürger werden“. Siehe GM, 1951, Heft 1.

lungen besucht, sich irgendeiner politischen Partei oder Gruppe anschließt und vor allem keine Gelegenheit versäumt, durch seine freie und unbeeinflusste Entscheidung bei geheimen Wahlen die Staatspolitik innerhalb seiner Möglichkeiten zu beeinflussen. Analphabetentum gehört in unseren Breiten Gott sei dank längst der Vergangenheit an: Nach dem Maß seines Wissens, seiner Urteilsfähigkeit und Aufgeschlossenheit ist heute jeder Einzelne von uns nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Politik.

Nur im wirtschaftlichen Leben, im Produktionsprozeß, in ihrem achtstündigen Arbeitstag ist die große Mehrzahl auch heute noch ein „Außenseiter der Gesellschaft“, trotz aller sozialen Errungenschaften und Verbesserungen im wesentlichen noch Objekt, dessen letzte freie und souveräne Handlung auf diesem Gebiet der jeweilige Verkauf seiner Arbeitskraft im Lohn- oder Gehaltsvertrag darstellt. Gewiß haben die Arbeiter seit Jahr und Tag durch ihre gewählten Betriebsvertretungen in allen sozialen und personellen Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. „Wirtschaftsbürger“ waren sie aber bisher nicht, das heißt: das Kapital verfügte einseitig über die Produktionsmittel, setzte sie nach Belieben in Gang und stoppte sie nach Belieben. Der Einfluß des Arbeitnehmers auf den Gang des Wirtschaftslebens selbst, auf Art, Qualität und Umfang der Produktion, auf finanzielle Transaktionen, auf monopolartige Zusammenballungen großer Gesellschaften kam bisher nicht unmittelbar, sondern nur indirekt zur Geltung. Um hier mitzubestimmen und mitzuentcheiden, mußte sich der Arbeitnehmer erst wieder in den Staatsbürger zurückverwandeln, um auf dem Umweg der Ausübung politischer Rechte auch auf die Wirtschaft einzuwirken. Nun hat aber die Erfahrung in allen modernen Industriestaaten, vor allem im Deutschland der Weimarer Republik, allzu eindeutig erwiesen, daß auf solchen langen Umwegen die notwendigen kräftigen Impulse meistens versacken oder sich verflüchtigen, bevor sie ihr Ziel erreichen. Um die Demokratie noch wirksamer und eindeutiger zum Vollzug zu bringen, will der Arbeitnehmer von heute auch an der Stätte seiner Produktion selbst Subjekt sein, d. h. Wirtschaftsbürger werden. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß der Mensch seine Freiheit logischerweise nicht allmorgendlich hinter seiner Wohnungstür einschließen kann, um sie dort abends bei der Heimkehr von seiner Arbeit wieder zu entdecken. Die von den deutschen Gewerkschaften gesteuerte Massenbewegung für das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist über die vergilbten und unzeitgemäßen Ansprüche des betrieblichen Absolutismus hinweggeschritten und hat die Phase des betrieblichen Konstitutionalismus eingeleitet. Auch die Wirtschaft wird künftig nicht mehr vom selbstherrlichen Machtwort des Unternehmers oder eines ausschließlich von der Kapitaleseite her zusammengesetzten Aufsichtsrates dirigiert werden, sondern eine Verfassung zur Grundlage haben, genau wie der Staat. In den Betrieben selbst wird ein Arbeitsdirektor, dessen Hauptaufgabe es ist, sich um das Wohl und die Würde der schaffenden Menschen zu kümmern, neben dem technischen und kaufmännischen Direktor die gleichberechtigte Spitze der Exekutive bilden.

Wer auf der Seite der Ewiggestrigen glauben sollte, eine ihm höchst unerwünschte und unsympathische Entwicklung stehe nun gleichsam für alle Zeiten hinter den vorläufig abgesteckten Grenzen still, der sei an ein prophetisches Wort des unvergeßlichen Hans Böckler aus seiner letzten Rundfunkansprache erinnert: „Mit der jetzt getroffenen Regelung ist freilich erst in einem *Teil* der Wirtschaft, wenn auch in einem entscheidenden und wichtigen, ein Fortschritt in der Richtung des Mitbestimmungsrechtes erzielt. Aber es ist endlich die Tür geöffnet, die Bahn ist frei gemacht. Nächstes Ziel aber soll sein die Neuordnung

auch aller anderen Teile unserer Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, innerbetrieblich sowohl als auch auf der mittleren und höheren Ebene. Wir stehen am Anfang einer neuen Wirtschaftsverfassung.“

Selbst schon vom Tode gezeichnet, ließ Hans Böckler keinen Zweifel darüber, daß die Entwicklung auch vor anderen Industrie- und Berufszweigen nicht haltmachen würde. Sie kann es nicht, weil es auf die Dauer zweifellos ein ungereimter und unhaltbarer Zustand wäre, die Arbeitnehmerschaft in zwei Kategorien oder gar in zwei Klassen einzuteilen: in eine Klasse von Wirtschaftsbürgern, die mitbestimmen, und eine andere, der das Recht der sozialen Mündigkeit vor-enthalten bleibt. Daß die Mitbestimmung zunächst in der Kohle- und Stahlindustrie, und auch dort nur in Betrieben mit einer Belegschaft von 300 Personen an aufwärts, durchgeführt werden soll, ist ein Gebot der Zweckmäßigkeit, denn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den entscheidenden Großbetrieben der Grundstoffindustrie dürfte sich schon bald weit über ihre Grenzen hinaus sozial, wirtschaftlich und nicht zuletzt politisch sehr eindeutig auswirken. Dahinter aber steht das Gebot der Gerechtigkeit, befriedigende Formen der Mitbestimmung auch in anderen Industriezweigen und in kleineren Betrieben zu finden und zu gegebener Zeit durchzusetzen. Ob und wann das möglich sein wird, entscheidet freilich in erster Linie die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Solidarität und zum organisierten und disziplinierten gewerkschaftlichen Kampf. Der bahnbrechende Erfolg an Rhein und Ruhr erklärt sich nicht allein daraus, daß es sich hier um die wichtigsten Industrien handelte, sondern er war schließlich nur möglich, weil dem Gewerkschaftsbund für seine Forderungen eine so gut wie hundertprozentig organisierte Arbeitnehmerschaft zur Verfügung stand.

Wiederum sei auf eine wichtige geschichtliche Analogie verwiesen: Genau so wie aus den Klassenrechts- und Pluralwahlen in der Frühzeit des politischen Konstitutionalismus schließlich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht hervorging, wird sich aus dem Mitbestimmungsrecht in der Kohle- und Stahlindustrie das umfassende Mitbestimmungsrecht aller Schaffenden herauskristallisieren. Ob dieser Prozeß organisch, friedlich und geordnet vor sich geht oder ob unser Wirtschaftsleben Erschütterungen und Krisen in Kauf nehmen muß, hängt zur Stunde so gut wie ausschließlich von der Einsicht der anderen Seite und von der Funktionsfähigkeit des derzeitigen Bundestages ab. Hält man nach dem Tode des großen Anwalts der deutschen Arbeiterschaft die Zeit für gekommen, das bisher Errungene und Vereinbarte durch parlamentarische Geschäftsordnungspraktiken zu durchlöchern, so kann den für solche Machinationen verantwortlichen Drahtziehern schon jetzt ein überaus schmerzliches Erwachen prophezeit werden. Die Kreise, die durch rückversichernde Anbiederungsversuche bei den Kommunisten und durch ihre Bestrebungen, den sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik aufzuhalten, einen doppelten Verrat an Deutschland und Europa begehen, mögen sich gesagt sein lassen, daß sie nicht mehr lange ungestraft mit dem Feuer spielen dürfen.

Denn das Mitbestimmungsrecht hat wahrlich nicht für Deutschland allein, sondern für die gesamte westliche Welt eine geradezu eminente Bedeutung. Es stellt den bisher größten und radikalsten Versuch dar, die unaufschiebbar gewordenen sozialen Entscheidungen und Erneuerungen nicht aus dem Geist ehrwürdiger, aber längst verstaubter Programme, sondern aus den Bedürfnissen und Erkenntnissen unserer Zeit heraus zu vollziehen. Es ist nämlich nicht nur, wie vielleicht sogar manche seiner Freunde und Anhänger noch annehmen, eine Art Übergangslösung auf der Schwelle zweier Zeitalter, sondern ein echtes neues Menschenrecht, .moralisch genau so unauflösbar wie etwa die Habeas-Corpus-

Akte oder die Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens. Ja, wenn man das Prinzip anerkennt, daß das Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers in jedem Betrieb zu gelten habe, gleichgültig ob er auf privatwirtschaftlicher Grundlage beruhe oder ob es sich um ein sozialisiertes Unternehmen handle, so verflüchtigen sich mit einem Schlage Tausende und aber Tausende von Besorgnissen, daß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft und die Überführung der Produktionsmittel in die öffentliche Hand notwendig einen Staatskapitalismus heraufbeschwören müßten, der sich vom Moskauer System nur wenig unterscheide. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß die Gewerkschaften alle gesellschaftlichen Strukturveränderungen als völlig unabhängige und souveräne Körperschaften überleben und daß sie sich niemals als verlängerten Hebelarm der staatlichen Macht mißbrauchen lassen, was in der Sowjetunion nicht zuletzt zur hoffnungslosen Erstarrung und zum schließlichen Erstickungstod ursprünglich bahnbrechender sozialrevolutionärer Elemente geführt hat. Ferner muß jeder Arbeitnehmer die ihm aus der Mitbestimmung erwachsenden Rechte auch verantwortungsbewußt und gewissenhaft ausüben: denn jede Demokratie ist immer nur so viel wert, wie die Staats- oder Wirtschaftsbürger aus ihr machen.

Wenn zu Beginn dieser Betrachtungen von einem sehr tiefen kausalen Zusammenhang des Kampfes um Berlin und des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht gesprochen wurde, so dürfte die tatsächlich bestehende Kausalität inzwischen wohl hinreichend deutlich geworden sein. Berlin muß gegenwärtig, wie bereits betont worden war, seinen Kampf gewissermaßen summarisch für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Westens und seiner Freiheiten führen. Das ist notwendig, weil das totalitäre System einen Ausrottungskrieg gegen das menschliche Individuum schlechthin plant: Würde es siegen, so bräuchten wir einander nicht mehr zu fragen, ob wir gute oder schlechte, fleißige oder träge, fortschrittliche oder reaktionäre, empfindliche oder stumpfe Zeitgenossen sind — dies alles wäre in dem Augenblick uninteressant und bedeutungslos, von dem ab wir nur noch Funktionen ausüben, aber keine Leidenschaften, Sehnsüchte, Kümernisse und Glückshöhepunkte mehr kennen. Als sich aber in den vergangenen Wintermonaten an Rhein und Ruhr drohende Gewitterwolken zusammenzogen, als Hans Böckler trotz aller Nötigungen, Verleumdungen und unzeitgemäßer Beschwichtigungsversuche die unbeirrbar entschlossene der Gewerkschaften proklamierte, für das Mitbestimmungsrecht notfalls auch zu streiken, erfuhren die Berliner zum erstenmal, daß sie nicht wie die letzten Goten mit dem Rücken gegen die Wand für etwas Gewesenes kämpften, sondern für eine Freiheit, die in Jahrtausenden jung geblieben ist: jung genug, um neue Reichtümer zu gebären, jung genug, um alle Menschen guten Willens zur weiteren Vervollkommnung ihrer Persönlichkeit zu führen.

*Es ist unmöglich, eine Ordnung herbeizuführen oder aufrechtzuerhalten, bei der die Vielen die Stimme haben und die Wenigen das Geld.*

M. J. Bonn in „Die Krisis der europäischen Demokratie“, 1925.